

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 20.02.2001 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Danielewsky, Mike anwesend ab TOP Ö 4.	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Richrath, Martin	CDU-Fraktion

Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schallner, Nils	Fraktion PETO
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
Voigt, Juliane	Fraktion PETO
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Lehmann, Rüdiger	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:11 Uhr

Ende der Sitzung 21:35 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2001/0069 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen
- Ö 4. 2001/0067 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Lokale Agenda 21 - Frauenforum, vertreten durch Frau Marianne Melzer, Weberstr. 27, vom 22.01.2001
"Führung der Buslinien 790, 793 und 233"
- Ö 5. 2001/0014 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW
- Einziehung einer Teilfläche der Schöneberger Straße
- Ö 6. 2001/0012 Satzung über ein gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 (1) Ziffer 2 BauGB für einen Teilbereich des Plangebietes des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 49 B (Sandstraße/Knipprather Busch)
- Ö 7. 2001/0015 Satzung zur 8. Änderung der 'Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.1989'
- Ö 8. 2001/0016 Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen nach §§ 135a bis 135c BauGB
- Ö 9. 2001/0048 Kommunaler Bürgerhaushalt
- Ö 10. 2001/0051 Umbesetzungen im Jugendhilfeausschuss
- Ö 11. 2001/0034 Beteiligungsbericht gemäß § 112 Abs. 3 GO NW
- Ö 12. 2001/0072 Mitteilung
Jugendparlament der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 13. 2001/0076 Euroga Projekt Dezentrale Landesgartenschau 2002
- Errichtung eines 'Altstadtfunken-Platzes '
- Ö 14. 2001/0091 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien

- Ö 15. 2001/0059 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2001
"Zusammensetzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt,
Bau- und Verkehrswesen
Wahl eines sachkundigen Einwohners"
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 16. 2001/0062 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001
"Patenschaften für Asylanten"
- Ö 17. 2001/0063 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001
"Anlegung einer Rampe an der Fußgängerunterführung Berliner
Ring"
- Ö 18. 2001/0068 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2001
"Einführung eines Ferientarifs im mona mare für die Zeit der
Sommerferien"
- Ö 19. 2001/0066 Anfrage der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001
"Fremdenverkehrskonzept"
- Ö 20. 2001/0064 Anfrage der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001
"Behebung von Beschädigungen an öffentlichen Gebäuden"
- Ö 21. 2001/0065 Anfrage der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001
"Herzinfarkt-Notfallversorgung"
- Ö 22. Mündliche Anfragen
- Ö 23. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 24. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 25. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -
nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 26. 2001/0070 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen
- NÖ 27. 2001/0071 Auftragsvergabe
- NÖ 28. Mündliche Anfragen
- NÖ 29. Mündliche Mitteilungen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er begrüßt insbesondere die erschienenen Vertreter des Jugendparlaments, beglückwünscht sie zu ihrer Wahl und wünscht ihnen für ihre Aufgabe alles Gute.

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist auf die heute vorliegenden zwei Tischvorlagen:

2001/0076 Euroga Projekt Dezentrale Landesgartenschau 2002
- Errichtung eines "Altstadtfunken-Platzes"

2001//0091 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien

Die Erweiterung der Tagesordnung um diese Beratungspunkte wird einstimmig beschlossen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemängelt, dass den Mitgliedern ihrer Fraktion die Tagesordnung nicht, wie vereinbart, per Post zugestellt wurde. Die Verwaltung sagt eine Klärung zu.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Rat nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil- zur Kenntnis.

Ö 3. 2001/0069 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 21.12.2000 zur Kenntnis.

Ö 4. 2001/0067 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW Lokale Agenda 21 - Frauenforum, vertreten durch Frau Marianne Melzer, Weberstr. 27, vom 22.01.2001 "Führung der Buslinien 790, 793 und 233"

Die Fraktion Die Grünen akzeptiert die Stellungnahme der Bahnen nicht. Da die Linien 790 und 793, die nach Auffassung der Bahnen die neuen Wohngebiete östlich des Heerwegs demnächst besser an den ÖPNV anbinden, nicht kontinuierlich verkehren, kann nach ihrer Meinung hier von einer ausreichenden Anbindung der Wohngebiete nicht die Rede sein. Darüber hinaus betont sie, dass die Anbindung des gesamten Stadtteils Blee an die S-Bahn, insbesondere an Samstagen und Sonntagen sehr schlecht ist und hält es für erforderlich, dass die Bahnen sich hier intensivere Gedanken machen sollten, nicht nur zur Linienführung, sondern auch zur Vertaktung und zur Anschlusssituation am Busbahnhof.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Rat einstimmig die Überweisung der Angelegenheit zur Beratung an den Aufsichtsrat der MVV mit der Maßgabe, den zuständigen Gremien entsprechende Vorlagen zu machen.

**Ö 5. 2001/0014 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1
GO NRW
- Einziehung einer Teilfläche der Schöneberger Straße**

Beschluss

Die am 22.12.2000 durch Herrn Bürgermeister Dünchheim und Ratsmitglied Frau Hengsberger getroffene dringliche Entscheidung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 6. 2001/0012 Satzung über ein gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 (1)
Ziffer 2 BauGB für einen Teilbereich des Plangebietes des in der
Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 49 B
(Sandstraße/Knipprather Busch)**

Beschluss

1. Die Satzung über ein gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 (1) Ziffer 2 BauGB für einen Teilbereich des Plangebietes des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 49 B wird in der Fassung des vorliegenden Satzungsentwurfes beschlossen. Der Satzungsentwurf ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Die Satzung ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:
dafür 38 Stimmen (BM, 19 CDU, 13 SPD, 3 Grüne, 2 MBM/F.D.P.)
dagegen 2 Stimmen (Peto)

**Ö 7. 2001/0015 Satzung zur 8. Änderung der "Satzung über die
Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt
Monheim am Rhein vom 22.12.1989"**

Die Fraktion Die Grünen legt Wert darauf, dass im Rahmen der Erarbeitung der Abfallgebührensatzung der "Windelbonus" weiter verfolgt wird.

Die Verwaltung verweist darauf, dass von ihr Überlegungen hinsichtlich der Einführung von Windelsäcken angestellt werden, die finanzielle Abwicklung jedoch nicht über den Abfallgebührenhaushalt erfolgen kann, sondern aus allgemeinen Finanzierungsmitteln erfolgen muss. Sie kündigt hierzu eine gesonderte Vorlage an.

Die SPD-Fraktion fühlt sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass durch die Verwiegung viele Kosten auf die Allgemeinheit zukommen, die indirekt zu tragen sind. Sie verweist darauf, dass sich auch das Windelproblem nur durch die Verwiegung ergibt. Da sie nach wie vor gegen die Verwiegung ist, wird sie gegen die Vorlage stimmen.

Die CDU-Fraktion verweist darauf, dass Ziel der Verwiegung die Vermeidung, Trennung und Wiederverwertung des Abfalls ist. Da bisher eine gesonderte Sammlung von Windeln nicht

durchgeführt wurde und neu als Wertstoffsammlung eingeführt werden soll, hält sie die Herstellung dieses Zusammenhangs für unzulässig.

Die SPD-Fraktion erwidert hierauf, dass sich die Diskussion über die gesondere Windel-Einsammlung nicht unter dem Aspekt Wiederverwendung ergeben habe, sondern vor dem Hintergrund, dass insbesondere auf Familien mit kleinen Kindern höhere Gebühren zukommen, weil Windeln schwer sind.

Herr Bürgermeister Dünchheim macht deutlich, dass die Verwaltung nach dem Beschluss zur Verwiegung vom bisherigen sog. Wahrscheinlichkeitsmaßstab auf den Wirksamkeitsmaßstab umstellen muss, d.h., es wird jedem das in Rechnung gestellt was wirklich anfällt. Deshalb müsse zukünftig auch die Biotonne verwogen werden. Alles Weitere sei eine zusätzliche soziale Leistung, die der Rat zu beschließen habe.

Beschluss

Die Satzung zur 8. Änderung der " Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.1989" wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür 27 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen 13 Stimmen (SPD)

Ö 8. 2001/0016 Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135a bis 135c BauGB

Beschluss

Die Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135a bis 135c BauGB wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. 2001/0048 Kommunaler Bürgerhaushalt

Die CDU-Fraktion unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Sie regt an, die Beteiligung der Bürger zukünftig früher durchzuführen, damit die dort gemachten Vorschläge etc. mit in die Etatberatungen der Fraktionen einfließen können.

Die SPD-Fraktion unterstützt ebenfalls das Projekt, ist jedoch der Meinung, dass gegenüber der Bürgerschaft deutlicher werden muss, welche Funktion diese Bürgerbeteiligung hat und ob sie wirklich Einfluss nehmen kann.

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist darauf, dass dieses Modellkonzept Kommunaler Bürgerhaushalt weiterentwickelt wird und die Verwaltung aufgrund der gemachten Erfahrungen den Prozess verbessern wird.

Beschluss

Die Stadt Monheim am Rhein beteiligt sich als Projektkommune an der gemeinsamen Initiative der Bertelsmann Stiftung und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen zum „Kommunalen Bürgerhaushalt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 10. 2001/0051 Umbesetzungen im Jugendhilfeausschuss

Beschluss

Der Rat nimmt folgende Umbesetzungen im Jugendhilfeausschuss vor:

ausgeschiedenes		neues	
Mitglied	stellv. Mitglied	Mitglied	stellv. Mitglied
Jugendhilfeausschuss			
Dr. Hagen Bastian	Thomas Metzmacher	Pfr. Hans-Werner Völker -Diakonisches Werk-	Dr. Hagen Bastian (Vertr. f. Hans-Werner Völker) -Diakonisches Werk-
	Martin Pfitzer		Jens Bietz (Vertr. f. Peter Rischard) -Kinder- und Jugendring-
Pfr. Hans-Werner Völker (beratend)		Thomas Metzmacher -Ev. Kirche- (beratend)	

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 11. 2001/0034 Beteiligungsbericht gemäß § 112 Abs. 3 GO NW

Aus der Fraktion MBM/F.D.P. kommen folgende Fragen:

1. Ist der ausgewiesene Verlust der MoNet von 648 000 DM nicht Grund, sich aus dem Projekt zurückzuziehen?

2. Die Erläuterungen zum Anstieg des Verlustes der WFG von 164 000 DM im Jahr 1998 auf 727 000 DM im Jahr 1999 sind mehr als dürftig. Woher kommt dieser Unterschied von mehr als einer halben Mio DM?

Weiter wird darum gebeten, die Gehälter der Geschäftsführer und die Aufwandsentschädigungen für die Aufsichtsrats- und Beiratsmitglieder nachzuliefern.

Zu 1.

In Sachen Monet kündigt der Bürgermeister eine Vorlage an, die in Kürze vorgelegt wird.

Zu 2.

Es handelt sich überwiegend um Personalkosten; die WFG wurde aufgelöst.

Hinsichtlich der Geschäftsführer-Gehälter und Aufsichtsrats-Vergütungen sagt der Bürgermeister eine Beantwortung in nichtöffentlicher Sitzung zu.

Der Bericht über die Beteiligung der Stadt Monheim am Rhein an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts wird zur Kenntnis genommen.

Ö 12. 2001/0072 Mitteilung Jugendparlament der Stadt Monheim am Rhein

Auf Vorschlag aus der CDU-Fraktion stellen sich die anwesenden Mitglieder des Jugendparlaments und deren Betreuerin kurz vor.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Besetzung und Gründung des Jugendparlamentes zur Kenntnis.

Ö 13. 2001/0076 Euroga Projekt Dezentrale Landesgartenschau 2002 - Errichtung eines 'Altstadtfunken-Platzes'

Die CDU-Fraktion begrüßt den Antrag der Altstadtfunken. Sie sieht in ihm, wie beim Dorfplatz in Baumberg, ein besonderes bürgerschaftliches Engagement, das sie für unterstützenswert hält. Die SPD-Fraktion stimmt dem Vorhaben grundsätzlich zu, hält es jedoch für dringend erforderlich, alle Details im Fachausschuss vorzustellen und zu diskutieren, auch vor dem Hintergrund evtl. auftretender Präzedenzfälle.

Die Fraktion Die Grünen hält den der Vorlage beigefügten Plan für wenig aussagekräftig. Sie ist der Meinung, dass die Gestaltung des Platzes aus denkmalpflegerischer Sicht sehr sensibel erfolgen sollte und ist ebenfalls der Auffassung, dass die Angelegenheit im Fachausschuss behandelt werden muss. Sie hält es für richtig, die Denkmalschutzbehörden zu beteiligen.

Die Verwaltung verweist auf die heute zu treffende Grundsatzentscheidung; alles Weitere sei im noch zu verfassenden Gestattungs- und Nutzungsvertrag zu regeln. Sie sagt für die Beratung im Fachausschuss eine umfassende Darstellung aller Einzelheiten zu.

Beschluss

Der Rat zieht gemäß § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung die Beschlussangelegenheit an sich und stimmt der Errichtung eines Altstadtfunkenplatzes im Grundsatz zu.

Sie beauftragt die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Gestattungsvertrages über die Errichtung und die dauerhafte Pflege der Anlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 14. 2001/0091 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien

Beschluss

Der Rat nimmt folgende Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien vor:

ausgeschiedenes		neues	
Mitglied	stellv. Mitglied	Mitglied	stellv. Mitglied
Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen			
Wilhelm Knebel	Ingrid Knebel	Heinz-Jürgen Goldmann	Dr. Hans Pelster
Jugendhilfeausschuss			
Heiko Senft	Sebastian Hansen	Sebastian Hansen	Heiko Senft
Beirat der VHS			
Heinz-Jürgen Goldmann		Dr. Hans Pelster	

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 15. 2001/0059 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2001 "Zusammensetzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen Wahl eines sachkundigen Einwohners"

Die Fraktion Die Grünen begründet ihren Antrag. Sie macht nachdrücklich deutlich, dass es ihr ausschließlich darum geht, dass ein parteipolitisch unabhängiger Vertreter aus dem Kreis der Naturschutzverbände an den Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen teilnimmt und unabhängig von Fraktionszwängen eine beratende Funktion übernimmt. Sie bedauert die extrem unsachlichen Pressekampagnen, die sie nicht zu verantworten habe und betont, dass sie weiterhin auf ein gutes Verhältnis zum Ehepaar Knebel Wert legt.

Die Verwaltung teilt das Ergebnis der juristischen Prüfung hinsichtlich einer Befangenheit des Herrn Knebel bei zurückliegenden Entscheidungen des Fachausschusses mit:

Es liegt kein Fall der Befangenheit vor. Es kann allenfalls ein Befangenheitsgrund gegeben sein nach § 31 Abs. 2 Ziffer 3. Dann hätte Herr Knebel in anderer als öffentlicher Eigenschaft Gutachten abgeben oder sonst tätig werden müssen. Er ist jedoch in öffentlicher Eigenschaft tätig geworden, und zwar für den BUND, NABU und Landesvereinigung Natur und Umwelt (Träger öffentlicher Belange).

An diese Ausführungen schließt sich eine zum Teil hitzige Debatte an. Die CDU-Fraktion wirft der Fraktion Die Grünen vor, in einer maßlos überzogenen Kampagne die Person des Herrn Knebel und seine über Jahrzehnte ehrenamtlich geleistete Arbeit für die Belange des Naturschutzes beschädigt zu haben. Sie hält es für verwerflich, wenn seitens der Fraktion Die Grünen die Arbeit von Herrn Knebel als Agitation bezeichnet wird und in ehrabschneidender Weise seine Gemeinwohlverpflichtung angezweifelt wird. Obwohl die Prüfung der Befangenheit negativ ausgefallen sei und auch der BUND Herrn Knebel sein volles Vertrauen ausgesprochen habe, halte die Fraktion Die Grünen ihre Anwürfe im vorliegenden Antrag weiterhin aufrecht. Die CDU-Fraktion betrachte deshalb die Frage der Befangenheit nur als vorgeschobenes Argument für eine Profilierungskampagne der Fraktion Die Grünen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion dankt dem Ehepaar Knebel an dieser Stelle ausdrücklich namens der Fraktion für seine Mitarbeit. Er lehnt den vorliegenden Antrag als untauglich ab, da nicht vorgesehen sei, dem Naturschutz Sitz **und Stimme** einzuräumen, was bisher der Fall war.

Die Fraktion Die Grünen bekräftigt ihr Recht, hinsichtlich einer möglichen Interessenkollision eine juristische Prüfung zu verlangen und verweist hierzu auf Beispiele aus der Vergangenheit. Sie bedauert jedoch, dass diese Angelegenheit eine Entwicklung genommen hat, die nicht ihre Absicht war und ihr nicht zuzurechnen sei. Sie gibt sich nicht zufrieden mit dem kurzen Bericht über das Ergebnis der juristischen Prüfung. Sie bittet darum, dass ihr das Gutachten schriftlich zugestellt wird.

Die SPD-Fraktion bedauert sowohl die Diskussion dieses Themas in der Presse als auch die heutige Diskussion. Sie hinterlasse einen schalen Geschmack und schädige das Ehrenamt. Sie empfiehlt, dass die betroffenen Personen sich zusammensetzen und die Angelegenheit bereinigen. Sie bittet darum, an dieser Stelle jetzt das Anliegen des Antrages zu beraten, um zu einer Sachentscheidung zu kommen. Die SPD-Fraktion unterstütze den Antrag und hoffe auf eine gute Beratung eines Vertreters der Naturschutzverbände im Fachausschuss.

Aus der Fraktion MBM/F.D.P. werden Zweifel an der Richtigkeit der juristischen Prüfung geäußert und ebenfalls um eine schriftliche Ausfertigung des Gutachtens gebeten. Der Sprecher hält die Reaktion der CDU-Fraktion für maßlos übertrieben. Er verweist darauf, dass die Fraktion Die Grünen auf nichts anderes hingewiesen habe als eine natürliche Interessenkollision, die sich aus dem Bekleiden verschiedener Ämter ergebe. Hinsichtlich des vorliegenden Antrages kritisiert er die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion, er hält ihn für sinnvoll und richtig.

Nach weiteren kritischen Äußerungen mehrerer CDU-Fraktionsmitglieder zu der Angelegenheit kommt aus der Fraktion MBM/F.D.P. die Frage, ob der Antrag aufgrund der emotionalen Debatte nicht zurückgestellt werden und zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden sollte.

Die Fraktion die Grünen kommt dieser Empfehlung nach, zieht den Antrag heute zurück und wird ihn zu einem späteren Zeitpunkt neu stellen.

Ö 0.

Bürgerfragestunde

Beginn: 19.38 Uhr

Ein Bürger, Initiator des Bürgerbegehrens "Erhaltung des Freibades" (Herr Gröling), bezieht sich auf die Sanierungskosten des Nichtschwimmerbeckens des Freibades, die seinerzeit vom Bürgermeister mit 1,5 Mio DM beziffert wurden. Er fragt an, ob dieser Zahl Angebote verschiedener Firmen zugrunde lagen oder diese Zahl geschätzt wurde.

Weiter fragt er an, ob die Satzung der Stadt zur Durchführung von Bürgerentscheiden mittlerweile hinsichtlich der erforderlichen Stimmen für das Gelingen des Bürgerentscheides an das Landesrecht angeglichen wurde. Er verweist darauf, dass das Landesrecht 20 % vorsieht, die Satzung der Stadt jedoch noch 25 % vorschreibt.

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist auf zwei vor der Bürgerbefragung zur Zukunft der städtischen Bäder geprüfte Varianten: Sanierung durch neues Fliesen = 850 000 bis 900 000 DM oder Installierung einer frostsicheren Blechwanne = 1,5 Mio DM. Zu diesen Varianten seien nach seiner Erinnerung sowohl Kostenvoranschläge von Handwerkern eingeholt worden als auch verwaltungsinterner Sachverstand zugezogen worden. Er sagt zu, dem Fragesteller eine eingehendere Beantwortung dieser Frage fernmündlich oder schriftlich zu geben.

Hinsichtlich des erforderlichen Quorums für den Bürgerentscheid bestätigt der Bürgermeister die Auffassung des Fragestellers und führt aus, dass das höherrangige Landesrecht das Satzungsrecht der Stadt bricht; die Angleichung der Satzung werde selbstverständlich erfolgen.

Ein weiterer Bürger verweist auf Fahrspuren neben der Fahrbahn im Kreisverkehr auf der Baumberger Chaussee und stellt die Frage, ob dieser Kreis für Lastkraftwagen richtig dimensioniert ist.

Die Verwaltung antwortet, dass dieser Kreis in seinen Maßen den Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen entspricht.

Weiter stellt der Bürger die Frage, welchen Beitrag der Ausländerbeirat zur Integration der in der Stadt lebenden ausländischen Mitbürger leistet.

Herr Bürgermeister Dünchheim berichtet von einem Gespräch mit dem Ausländerbeirat, in dem vereinbart wurde, die Öffentlichkeitsarbeit des Ausländerbeirates zu verbessern. Die Mitglieder des Ausländerbeirates sollen nochmals im einzelnen vorgestellt werden und auch über die geleistete Arbeit soll öffentlichkeitswirksamer berichtet werden.

Ende: 19.45 Uhr

Ö 16. 2001/0062 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001 "Patenschaften für Asylanten"

Der Vorsitzende des Ausschusses für Soziale Angelegenheiten verweist auf die Ende letzten Jahres begonnene Diskussion im Ausschuss zur Asylantenproblematik, die im März fortgesetzt werden soll. Er schlägt vor, den im Antrag dargestellten Teilaspekt dieser Problematik mit in die Beratungen im Ausschuss einfließen zu lassen.

Die Antragstellerin stimmt diesem Vorschlag zu.

Der Antrag wird einstimmig an den Ausschuss für soziale Angelegenheiten überwiesen.

**Ö 17. 2001/0063 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001
"Anlegung einer Rampe an der Fußgängerunterführung Berliner Ring"**

Nach kurzer Diskussion und dem Bericht der Verwaltung, dass die Anlegung einer Rampe, wie im Antrag gefordert, technisch nicht möglich ist und zudem auch keine kürzeren Wege z.B. für Personen mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrer bringen würde, zieht die Antragstellerin ihren Antrag zurück.

**Ö 18. 2001/0068 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2001
"Einführung eines Ferientarifs im mona mare für die Zeit der Sommerferien"**

Die Fraktion Die Grünen begründet ihren Antrag. Sie berichtigt die schriftliche Begründung ihres Antrages dahingehend, dass es **keinen** Beschluss des Rates vom 13.04.2000 zur Einführung eines Ferientarifs gibt.

Die CDU-Fraktion hält die Freigabe des Außengeländes des mona mare für technisch nicht durchführbar. Sie sieht in einem Abdecken der nicht mehr benutzbaren Becken Probleme und erwartet Verschmutzungen im mona mare, da kein Durchwatebecken zwischen Außenbereich und mona mare vorhanden ist. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation des mona mare und der erforderlichen Erhöhung der Besucherzahlen schlägt die CDU-Fraktion vor, die Geschäftsführung des mona mare mit der Erarbeitung einer neuen Tarifstruktur zu beauftragen. Die neuen Tarife sollten nach ihrer Auffassung einen Besuch im Bad - ganzjährig und nicht nur zu den Ferienzeiten - ohne zeitliche Beschränkung und zu vernünftigen Preisen möglich machen, was auch dem Bad-Restaurant zugute komme.

Die Fraktion Peto kritisiert, dass der Antrag Schüler über 18 Jahre nicht berücksichtigt.

Die Fraktion Die Grünen hält die Argumentation des fehlenden Durchwatebeckens nicht für stichhaltig und verweist auf die gleiche Situation im Bereich des Sprungbeckens. Das Öffnen der Liegewiesen könne ein guter Test für die Möglichkeit sein, mona mare und Liegewiesen miteinander zu kombinieren. Vielleicht sei dies dann auch eine Entscheidungshilfe für die Zukunft des Badbetriebs. Sie schlägt vor, evtl. über die einzelnen Punkte ihres Antrages getrennt abzustimmen. Sie stimmt einer Beratung der Tarifstruktur zunächst im Aufsichtsrat der MVV zu, verweist jedoch darauf, dass die Entscheidung darüber dem Rat obliegt.

Die SPD-Fraktion kritisiert diesen Antrag der Fraktion Die Grünen vor dem Hintergrund deren Zustimmung zur Schließung des Freibades und deren Forderung zur Verringerung des Zuschussbedarfs. Sie macht deutlich, dass sie vor der Entscheidung über das Bürgerbegehren keine Beschlüsse mittragen wird, die die Ziele des Bürgerbegehrens betreffen. Sie betont, dass ein Ferientarif für sechs Wochen im Juli und August den Verlust des Freibades nicht ausgleichen kann. Zum Vorschlag der CDU-Fraktion (baden ohne zeitliche Begrenzung) verweist sie auf die begrenzten Kapazitäten. Sie betont, dass sie sich an der Abstimmung angesichts der demnächst anstehenden Entscheidung über das Bürgerbegehren nicht beteiligen wird.

Nach einer Diskussion, in der u.a. auch das bisherige Abstimmungsverhalten der Fraktion Die Grünen zum Thema Bäder diskutiert wird, schlägt der Bürgermeister vor, den Antrag der Fraktion Die Grünen und den Vorschlag der CDU-Fraktion der Geschäftsführung des mona mare und der MVV zuzuleiten mit der Maßgabe, die Vorstellungen zu prüfen und Möglichkeiten der

Umsetzung dem Aufsichtsrat der MVV und dem Rat in seiner Sitzung vor der Sommerpause vorzulegen.

Diesem Vorschlag wird - bei Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion - einstimmig zugestimmt.

**Ö 19. 2001/0066 Anfrage der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001
"Fremdenverkehrskonzept"**

Herr Bürgermeister Dünchheim stellt anhand eines Organigramms die Vorstellungen der Verwaltung zu einem Konzept zur Organisation des Verkehrsvereins und des Stadt- und Kulturmarketings vor. Er berichtet, das noch weitere Gespräche mit Hoteliers und Gastronomen sowie mit einem Reisebürounternehmer geführt werden. Er sagt für eine der nächsten Sitzungen eine umfassende Vorlage in dieser Angelegenheit zu.

**Ö 20. 2001/0064 Anfrage der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001
"Behebung von Beschädigungen an öffentlichen Gebäuden"**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Unterstellt, dass mit den Beschädigungen an öffentlichen Gebäuden sog. Vandalismusschäden gemeint sind, hat die Stadt Monheim am Rhein im Jahr 2000 rd. DM 160.000 für Schäden an Gebäudeaußenflächen einschließlich Türen und Toren, Beschädigungen an der Elektro- und Sanitäreinrichtung sowie an Spiel- und Sportgeräten und Zäunen aufwenden müssen. In der genannten Summe sind auch Aufwendungen für die Beseitigung von Wandschmierereien (Graffiti) enthalten. Zusätzlich wurden Glasschäden in einer Höhe von rd. DM 100.000 verursacht, die jedoch durch Versicherungsleistungen gedeckt wurden.

Auf die Zusatzfrage aus der CDU-Fraktion betont die Verwaltung, dass Regressansprüche nur in sehr geringem Umfang durchgesetzt werden konnten.

**Ö 21. 2001/0065 Anfrage der Fraktion MBM/F.D.P. vom 02.02.2001
"Herzinfarkt-Notfallversorgung"**

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage wie folgt:

Antwort auf Frage A.

In der Feuer- und Rettungswache Monheim am Rhein sind gemäß Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Mettmann (Stand: April 1999)

- 1 Rettungswagen und
- 1 Krankentransportwagen

planmäßig stationiert.

Ein Reserve-Rettungswagen kann mit Tagesdienstpersonal bzw. mit dem Personal des Krankentransportwagens im Bedarfsfall besetzt werden.

Als Träger des Rettungsdienstes ist der Kreis für die Einrichtung und den Betrieb eines Notarztsystems zuständig.

Notarzteinsetzungsfahrzeuge sind an 5 Standorten im Kreisgebiet gemäß Rettungsdienstbedarfsplan stationiert; das für Monheim am Rhein zuständige Notarzteinsetzungsfahrzeug steht in der Feuer- und Rettungswache Langenfeld.

Im Einsatzfall treffen der Rettungswagen und das Notarzteinsetzungsfahrzeug im Rendezvous-System an der Einsatzstelle zusammen.

Antwort auf Frage B.

Die bei der Feuerwehr Monheim am Rhein vorgehaltenen Rettungswagen sind mit je einem EKG- / Defibrillatorkombigerät ausgestattet; der Krankentransportwagen besitzt diese Ausstattung nicht.

Antwort auf Frage C.

Das Einsatzpersonal in der Feuer- und Rettungswache Monheim am Rhein ist gemäß den Vorgaben des Rettungsgesetzes NRW (§4 RettG) fachlich qualifiziert. Der Rettungswagen ist mit einem staatlich geprüften Rettungsassistenten zur Betreuung und Versorgung des Patienten sowie einem Rettungsassistenten oder Rettungsanwärter als Fahrer ständig besetzt.

Das in der Notfallrettung und im Krankentransport eingesetzte Personal der Feuer- und Rettungswache nimmt jährlich an einer mindestens 30stündigen aufgabenbezogenen Fortbildung am Institut für Rettungsmedizin in Velbert teil. Die Herz-Lungen-Wiederbelebung wird bei jedem dieser Fortbildungsseminare thematisiert.

Antwort auf Frage D.

Die im Ort ansässigen Hilfsorganisationen (DRK, MHD, DLRG u.a.) bieten regelmäßig Kurse für die Bevölkerung an.

Ö 22. Mündliche Anfragen

Ö 22.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion MBM/F.D.P. "Alternativstandorte - Café im Marienpark"

Die Fraktion MBM/F.D.P. hat folgende schriftliche Anfrage gem. § 17 Abs. 1 gestellt:

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein hat in seiner Sitzung vom 28.09.2000 die Verwaltung beauftragt, Alternativstandorte für ein Café während der EUROGA anstelle des Standorts Marienpark zu suchen.

1. In ihrer Vorlage zur Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehr am 25.01.2001 hat die Verwaltung u.a. ausgeführt, eine Unterbringung in der Bausubstanz des Großen Hofes erfordere zu hohe "Investitionskosten".

Dazu folgende Fragen:

a)

Um welche erforderlichen Investitionskosten handelt es sich im einzelnen?

b)

Wie hoch sind die einzelnen Posten zu veranschlagen und welche Gesamtsumme errechnet sich daraus?

2. Des Weiteren heißt es in der Ausschussvorlage:

"Flächen für bauliche Anlagen westlich der Bleer Straße stehen aus landschaftsschutzrechtlichen Gründen nicht zur Verfügung".

Frage:

a)

Welche Grundstücke sind im einzelnen geprüft worden?

b)

Welche Belange des Naturschutzes sind es konkret, die eine Bebauung mit einem Café verbieten?

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Der Eigentümer des Großen Hofes hat der Stadtverwaltung einen bisher nicht genutzten Teil der baulichen Anlage für die Nutzung als Café gegen Entgelt angeboten. Die Nutzung dieses Teils des ehemaligen Scheunenkomplexes als Café erfordert hohe Investitionen in die Bausubstanz, um entsprechende Räumlichkeiten zu Verfügung stellen zu können. Bei einem derartigen Umbau denkmalgeschützter Bausubstanz kann mit Sicherheit von Investitionskosten in Höhe von 3.000,00 DM pro m² Nutzfläche ausgegangen werden. Bei einem Gesamtansatz einer Cafénutzfläche von ca. 150 – 200 m² würden sich die gesamten Investitionskosten auf ca. 450.000,- bis 600.000,00 DM belaufen.

Darin sind nicht eingerechnet die gastronomische Einrichtung einschließlich einer ansprechenden Möblierung der Räumlichkeiten.

Investitionskosten zur Einrichtung eines Cafébetriebes sind jedoch bisher in der Finanzierung des Gesamtprojektes überhaupt nicht enthalten. Die Verwaltung ist hierbei auch nicht davon ausgegangen, dass dies eine originäre Aufgabe der Stadt sein sollte.

Zu 2 a)

Die Flächen westlich Bleer Straße sind insgesamt geprüft worden. Die Prüfung führte nicht zur Auswahl konkreter Standorte.

Zu 2 b)

Der gesamte Bereich westlich der Bleerstraße liegt nach dem geltenden Planungsrecht im Außenbereich nach § 35 BauGB. In diesem sind Vorhaben nur zulässig, wenn entgegenstehende öffentliche Belange nicht vorhanden sind. Dies ist jedoch bei nicht privilegierten Bauvorhaben in der Regel gegeben, z.B. hier die Belange des Landschaftsschutzes, der sich über den gesamten Bereich erstreckt. So ist fast das gesamte Gebiet westlich der Bleerstraße als Landschaftsschutzgebiet festgesetzt und lässt eine weitergehende bauliche Nutzung generell nicht zu. Selbst die Umgestaltung der Freiflächen im Rahmen der Anlage der Landesgartenschauflächen bedurften einer Befreiung von den Festsetzungen des Landschaftsschutzes.

Die Fraktion MBM/F.D.P. gibt noch folgende Standortmöglichkeiten weiter, die ihr angetragen worden sind:

in einer internen Veranstaltung nochmals im Einzelnen vorzustellen und über den aktuellen Sachstand der Umsetzung zu informieren. Die Veranstaltung findet im Rahmen einer ersten Frauenversammlung am 07.03.2001 von 14 bis 16 Uhr im Ratssaal statt.

Das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die alle zwei Jahre stattfindenden landesweiten Aktionswochen in diesem Jahr unter das Motto "Frau und Gesundheit" gestellt. Die Aktionswochen sind für den Zeitraum vom 22.10. bis 02.11.2001 vorgesehen. Die Planungen der Gleichstellungsbeauftragten gehen dahin, sich an diesen Aktionswochen zu beteiligen und das Thema durch eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen zu präsentieren. Als Kooperationspartnerinnen haben das Gesundheitsamt, die Suchtberatung, die AWO, die Beratungsstelle für Ehe- und Lebensfragen, das Jugendamt und der Soziale Dienst ihr Interesse an einer Beteiligung signalisiert. Ein erstes Abstimmungsgespräch wird am 06.03.2001 stattfinden.

Frau Herforth weist nochmals auf die morgen stattfindende Informationsveranstaltung hin, zu der sie die Ratsmitglieder bereits über die Fraktionsvorsitzenden eingeladen hat.